

Der Moralismus der Vielen

ein Offener Brief von Uwe Tellkamp

Das Amt des Moralapostels ist keines, das verliehen werden müßte, Diskurswächter ist keine geschützte Berufsbezeichnung, aber eine wachsende Branche. Im Elbhangkurier, einer seit 1992 bestehenden Kulturzeitschrift, haben zwei Herren Front gemacht »gegen rechts«. Wir dokumentieren diese Attacke und veröffentlichen die Antwort auf diesen Offenen Brief von Hans-Peter Lühr und Paul Kaiser an Susanne Dagen – mit freundlicher Genehmigung des Schriftstellers Uwe Tellkamp.

Den im Elbhangkurier 11/18 veröffentlichten Offenen Brief von Hans-Peter Lühr und Paul Kaiser an Susanne Dagen lese ich als Dokument. Ich äußere mich, da ich namentlich erwähnt werde, als Mitbetroffener, da anscheinend Mitgemeinter.

Die erste Frage, die sich mir stellt, unabhängig vom Inhalt, ist die nach dem Zweck dieser Veröffentlichung. Das Gesprächsangebot soll dieser Zweck sein, behauptet der Brief; für mein Empfinden schwimmt das aber nur auf der Oberfläche der Rede – unter den Floskeln der fast schon seelsorgerischen Bekümmernis meine ich Lust an der Maßregelung, an der Zurechtweisung, an der Strafe für Abweichlertum herauszuhören.

Wie kommen Lühr und Kaiser dazu, welches Recht glauben sie zu haben, von Dagen öffentlich Selbstkritik zu fordern? Sollte ein Gespräch nicht von Angesicht zu Angesicht möglich sein? Das BuchHaus Loschwitz ist ein einladender, ohne Bannungsrituale betretbarer Ort; ich bin bei meinen vielen Besuchen noch nie auf die recht märchenhafte Düsternis gestoßen, die beide Autoren, sonst ausgewiesene Verteidiger der Aufklärungskultur, dort ausgemacht haben wollen. Ihr Brief steht in langer Tradition. Vielleicht bin ich zu empfindlich und sehe Gespenster, dennoch: Dergleichen ist mir noch wohlvertraut, so – Klassenleitertadel, in Fürsorglichkeit gehüllt –, sprachen Funktionäre des Schriftstellerverbands gegen mißliebige Kollegen, sprachen Briefe gewisser »Werkstätiger« in den gleichgeschalteten Presseorganen längst verblichen geglaubter Zeiten; ich dachte nicht, dergleichen je wieder lesen zu müssen.

Lühr und Kaiser operieren mit Signalworten, deren Gebrauch sich für Intellektuelle eigentlich verbieten sollte. Wer sich öffentlich äußert, müsse Widerspruch vertragen, heißt es. Wohl wahr. Jedoch: Lühr und Kaiser sehen die Verhältnisse als Verhältnis nicht. Betrachte ich den öffentlichen Diskurs, fällt mir bei bestimmten Themen immer wieder auf, daß Ursache

Heute begreifen wir die Kunst und ihre Einrichtungen, die Museen, Theater, Ateliers, Clubs, die urbanen und ländlichen Orte der Kultur als offene Räume, die Vielen gehören. Unsere Gesellschaft ist eine plurale Versammlung.

aus: »Dresdner Erklärung der Vielen«

und Wirkung vertauscht werden, erst neulich bei der Dresdner Debatte der Chefredakteure von ARD und ZDF mit Vertretern der AfD. Beide Chefredakteure beklagten sich, daß Journalisten aggressiv begegnet werde und unterstellten, daß diejenigen, die aggressiv gegen Journalisten aufträten, die Demokratie und die freie Presse abschaffen wollten. Nicht erwähnt wurden die vielen journalistischen Fehlleistungen, die vor den Protesten gegen Presse, Funk und Fernsehen lagen und erst zu Wut und Aggressivität geführt haben. Sachsen sind nicht qua Erbanlage presse- und demokratiefeindlich. Genau das wird aber implizite unterstellt, wenn man sich so manches Presse- oder Sendeergebnis ansieht. Ich belasse es hier bei dem Stichwort (inzwischen mit makabrem Zweitsinn) Chemnitz.

Wer ist es, der keinen Widerspruch verträgt? Oft habe ich den Eindruck, die politisch sich links oder bei den Grünen verortenden Tonange-

ber in weiten Teilen unserer Medien und unserer Kulturbranche sind es, nicht die paar rechten oder als rechts verschrienen Einmannunternehmen, die auf kleinen Blogs oder in kleinen Zeitschriften gegen die Wucht des *Common sense* anschreiben, wie ihn bei Themen wie Migration, Klimawandel, Europa, Trump, *Spiegel*, *Spiegel online*, *ZEIT*, *Zeit online*, *Süddeutsche*, selbst *BILD*, vertreten, *FAZ* und *Welt* mindestens gespalten, *Focus*, *taz*, *Tagesspiegel*, *Berliner Zeitung*, Redaktionsnetzwerk Deutschland, das Regionalzeitungen wie *HAZ*, *LVZ* und *DNN* beliefert, *Hamburger* und *Dresdner Morgenpost*, *Sächsische Zeitung* usw., von Talkshows und überhaupt dem ÖRR zu schweigen.

So zu tun, als wären die Kubitschek, Patzelt, Böckelmann, Dagen und Tellkamp die medialen Diskursbeherrscher, denen eine Minderheit aufrechter Demokraten zu widersprechen wagt, geht doch an der Realität völlig vorbei. Wer grenzt aus? Wohin

Der rechte Populismus, der die Kultureinrichtungen als Akteure dieser gesellschaftlichen Vision angreift, steht der Kunst der Vielen feindselig gegenüber. Rechtspopulistische Gruppierungen und Parteien stören Veranstaltungen, wollen in Spielpläne und ins Programm eingreifen, polemisieren gegen die Freiheit der Kunst und arbeiten an einer Renationalisierung der Kultur. Ihr verächtlicher Umgang mit Menschen auf der Flucht, mit engagierten Kulturschaffenden, mit Andersdenkenden verrät, wie sie mit der Gesellschaft umzugehen gedenken, sobald sich die Machtverhältnisse zu ihren Gunsten verändern würden.

aus: »Dresdner Erklärung der Vielen«

neigt die Berichterstattung (so es denn eine ist) der meisten Journalisten in den meisten unserer Medien, wenn Themen wie Migration, Heimat, Nation, deutsche Kultur angesprochen werden – nach links und grün oder nach rechts? Das ist keine bloße Ansichtssache, dazu gibt es Untersuchungen, sie zeigen die Schlagseite recht deutlich.

Das Argument, eine solche Sicht der Dinge hebe auf allzu klassische Formen der öffentlichen Kommunikation ab, verkenne die Rolle der Sozialen Medien, in denen es genau anders herum zugehe, verkennt wiederum die sogenannte Gatekeeper- (Torwächter-) Funktion, die die klassischen Medien immer noch haben oder zu haben beanspruchen. In den Sozialen Medien herrscht, soweit ich das beurteilen kann, eine ausgeglichene Abbildung der Lage und der Meinungen als in den meisten klassischen Medien. Oft sind die Sozialen Medien ein Ventil für Stimmen, die anderswo keine Chance mehr haben, gehört zu werden. Ob diese Stimmen, was Höflichkeit und Stil betrifft, sich immer angemessen äußern, ist eine andere Frage. Auch die, ob denn die Behauptung stimmt, in den Sozialen Medien sei es genau andersherum, dort dominiere das sogenannte dunkle Deutschland.

Lühr und Kaiser erliegen allzu eilig dem Irrtum, das Attribut »dunkel« mit einem Denken zu verbinden, das sich der gängigen Einordnung in »Fortschrittlichkeit« (links, bunt, weltoffen) entzieht. Sind aber sogenannte konservative Positionen wirklich das, was fortschrittlich sein wollende Stimmenfischer damit verbinden? Bedeutet Bekenntnis zur Nation wirklich schon Nationalismus? Ist der, der deutsche Kultur liebt und sich für ihre Bewahrung einsetzt, tatsächlich schon rechts, ein Nazi gar, wie nicht nur Publikationen wie »Bento«, Jugendableger des *Spiegel*, allzuoft

nahelegen? Ist Weltoffenheit wirklich immer nur gut? Und der, der das Eigene nicht verachtet, verachtenswert? War nicht der Zweifel, die Unge-
wißheit, die Suche nach Wahrheit in der unauslotbaren Ambivalenz der
Erscheinungen einmal das Kennzeichen der Intellektuellen?

Lühr und Kaiser behaupten, daß Kubitschek zur offenen Revolte
gegen die Demokratie aufruft und legen, da sie Susanne Dagen mit ihm
und seiner Frau Ellen Kositzka in Verbindung bringen, nahe, daß Da-
gen dies ebenso will. Zumindest besteht nun
der Verdacht, sie habe solche Absichten. Ver-
dacht ist auch bequeme Feindmarkierung, im-
mer mitgerechnet, daß für unkritische Geister
selbst nach Zeit und Widerrede genug kleben-
bleibt, um der oder dem Verdächtigen in Zu-
kunft fernzubleiben.

Da mein Name in diesem Zusammenhang
auftaucht, kann auch ich mich jetzt als einer
derjenigen verstehen, die zur von Lühr und Kai-
ser beschworenen Düsternis am Elbhang beitra-
gen. Kubitschek und die Produkte seines Ver-
lags Antaios mag man ablehnen oder nicht – so-
lange er sich an die herrschenden Gesetze hält
(und das tut er bislang, soweit mir bekannt ist), sollte es zur Redlichkeit
unter differenziert denkenden, an Standpunkten jenseits des Korridors in-
teressierten und also wohl tatsächlich geistig offenen Menschen gehören,
ihn nicht aus dem Diskurs hinauszustigmatisieren. Die »roten Linien«
bestimmt immer noch das Strafgesetzbuch und nicht der Kotau vor dem
Zeitgeist oder vor Fördermittelquellen.

Ins Phrasenschwein gehören Diskurskokepen wie Abschottung und
Ausgrenzung: Gäbe es beides nicht, hätten wir nicht das Privileg, Men-
schen namens Hans-Peter Lühr und Paul Kaiser begegnen zu können. Sie

In unserem Bundesland Sachsen
arbeiten Pegida, Identitäre Be-
wegung und AfD Hand in Hand
und polemisieren gegen die demo-
kratische weltoffene Gesellschaft.
Dem stellen wir uns entgegen.

aus: »Dresdner Erklärung der Vielen«



kamen beide nur mit Ausgrenzung und Abschottung zustande, ebenso
ihre Werke. Schon der in einem Titel wie *Dresdner Hefte* enthaltene An-
spruch grenzt aus. Es sind eben keine Trondheimer Hefte. Lösen wir uns
von den primitiven, unbedacht verdammenden, eines Diskurses, der in
die Tiefe gehen möchte und wirklich an Problemlösungen interessiert ist,
unwürdigen Zuschreibungen.

Susanne Dagen, 2018

Der Brief behauptet, Susanne Dagen habe ihre frühere Liberalität
aufgegeben und lasse sich mit immer dunkleren Gesellen ein. Abgesehen
davon, daß schon eine solche Zuschreibung, die ohne Belege auszukom-
men meint, nur als Flucht vor dem Argument verstanden werden kann –
ich sehe und kenne Frau Dagen anders: Sie bietet Positionen einen Ort,

die anderweitig kein Podium mehr finden, und zwar nur deshalb nicht mehr finden, weil sie mit Attributen behängt werden, die ein Großteil unserer Kulturschaffenden und -beflissenen als anrühlich empfindet oder glatt ablehnt. Oft nur aus intellektueller Faulheit, Angst vor Liebesentzug, durchaus vorhandener Interessen wegen oder Ranküne. Dagen hat sich entschieden, sich hier nicht billig einzureihen, das empfinde ich ganz im Gegensatz zu Lühr und Kaiser als mutig, als frei, als eigentlich liberal – wie gesagt, die Grenze zu dem, was nicht mehr diskutiert und getan werden darf, zieht immer noch das Strafrecht, nicht die Moral einiger Edelnegligenten in Kirche, Kultur, Medien, die glauben, auf den »Pöbel« herabblicken zu müssen, nur weil er eine andere Meinung über Leben und Welt hat.

Dagen hat sich sehenden Auges, was die Konsequenzen betrifft, dazu entschlossen, den Diskurs offenzuhalten, immer wieder und übrigens in alle Richtungen offenzuhalten. Dafür verdient sie, meine ich, nicht die groteske Kritik, die Lühr und Kaiser für angemessen halten, sondern eine Auszeichnung. Der *Elbhangkurier* nun positioniert den Brief zwar auf der

Leserbriefseite, läßt aber in verschiedenen Beiträgen – dieses Hefts und vergangener Nummern – seine Sympathie für die von Lühr und Kaiser dargelegte Sicht erkennen. Zur journalistischen Sorgfalt würde es gehören, sich auch mit den Argumenten der so bezeichneten »anderen Seite« vorurteilsfrei auseinanderzusetzen. Leider kann ich auch nur das Bestreben danach, wenigstens das, nicht erkennen.

Im gleichen Heft äußert sich Prof. Ehniger auf viel Raum aufschlußreich und überraschend inhuman über Gesunde und Kranke in unserer Gesellschaft; der Stil dieser Passagen ähnelt dem gewisser Einweisungsschreiben in sowjetische Psychiatrien. Keine Nachfrage von der Redaktion, kein Kommen-

tar, kein Stutzigwerden beim Wortgebrauch, kein Innehalten, Nachdenken. Man weiß offenbar Bescheid über Gut und Böse und meint, der Gedanke, man könne ein Problem mit Zuwanderung haben, obwohl sie, wie Lühr und Kaiser erwähnen, hier nur etwa drei Prozent betrage, sei der verwirrter Hirne. Abgesehen davon, daß argumentative Schlüssigkeit solche Prozentangaben nach Alterskohorten differenzieren und so demographische Entwicklungen mitbedenken würde, schauen viele Dresdner dorthin, wo die Zuwanderung nicht mehr drei, sondern dreißig Prozent beträgt. Was sie dort wahrnehmen, erscheint vielen eben nicht als zuträglich für eine Demokratie nach unseren Regeln, die von gegenseitigem

Respekt, von der Einhaltung gewisser Sitten, friedlicher Konfliktlösung, vom Recht und eben auch von Grenzen lebt, weil nur Grenzen einen Staat und damit die von ihm zu verteilenden Sozialleistungen erhalten. (*No border, no welfare.*)

Damit es keine Mißverständnisse gibt: Rassismus darf keinen Platz haben, wer an Leib und Leben bedroht wird, dem muß nach Kräften geholfen werden, im Sinne des Gesetzes und des Mitleids, gerade Deutschland hat hier eine Verantwortung, ja, Pflicht. Zu diskutieren aber muß darüber möglich sein, ob wir in der Lage sind und sein wollen, allem Elend dieser

Welt abzuhelpen; ob das Elend dieser Welt tatsächlich nichts als eine Last aus kolonialer Vergangenheit ist, für die Europa in Form von Zuwanderung nun eine Art von Buße tun muß; ob wir nicht nur Flüchtlingen helfen, sondern auch Migrantinnen, die in Deutschland nicht in allererster Linie Zuflucht vor Verfolgung suchen, sondern das Land als Verheißung einer besseren Zukunft sehen, und nicht in dem Sinne bedroht sind, wie es Asylgesetzgebung und Grundgesetz formulieren; ob wir unser Land und unsere Kultur einfach preisgeben wollen. Sie wird aber preisgeben,

Die unterzeichnenden Kunst- und Kulturinstitutionen führen den offenen und kritischen Dialog über rechtspopulistische Strategien, die demokratische Grundwerte untergraben. Sie gestalten diesen Dialog mit Mitwirkenden und dem Publikum in der Überzeugung, dass die beteiligten Häuser den Auftrag haben, unsere demokratische Gesellschaft fortzuentwickeln.

aus: »Dresdner Erklärung der Vielen«

Alle Unterzeichnenden fördern im Sinne der Demokratie Debatten, bieten aber keine Foren für Propaganda jeder Art.

aus: »Dresdner Erklärung der Vielen«

wenn sich die Einwanderung in den bisherigen Größenordnungen fortsetzt, und bis jetzt tut sie das, entgegen anderslautender und beschwichtigender »Narrative«.

Jeder Zuwanderer bringt sein Herkommen mit, seine Kultur; die oft beschworene Integration, gar Assimilation ist, blickt man auf die inzwischen etablierten Parallelgesellschaften, mehr Wunschdenken als Realität.

Die von Lühr und Kaiser zum Kennenlernen empfohlenen netten Menschen im »Café Gustav« sind gewiß nicht die, die in Freiburg, Offenburg, Kandel, Köln und Chemnitz Einstellungen zu ihren Gastgebern offenbaren, die viele Menschen nicht von ungefähr empören. Haben #unteilbar und unsere Feministinnen gegen die Vergewaltigungen protestiert? Gegen die inzwischen alltäglich gewordenen Messerstechereien?

Ich kann mich nicht erinnern. Und gab es nicht einen Artikel im *Elbhankurier*, der davon sprach, daß das »Gustavheim« wegen Problemen vorübergehend geschlossen werden mußte?

Es ist alles also leider nicht so einfach. Und nur, weil Dagen und ich uns erlauben, nicht mit Scheuklappen durch unsere Wirklichkeit zu gehen, sind wir nicht zum Abschluß freigegeben oder zum »Widerspruch«, der in Wahrheit meist ja keiner im Sinne der so oft beschworenen Gesprächskultur ist, sondern gerne gleich seine extremste Form als Pranger annimmt. Ernstgemeinte Gesprächsangebote, lieber Hans-Peter Lühr und Paul Kaiser, sehen anders aus als Ihr Offener Brief. Sie beginnen nicht mit Tribunalen, auch nicht mit solchen aus Wohlwollen, und nicht mit einer »Handreichung«, die keine ist, sondern vor ein Gesinnungsgericht führt.

Zu anderen Zeiten hieße man all das Binsen. Unsere Zeit aber ist eine, in der die »Erklärung der Vielen« nicht nur möglich ist, sondern offenbar breiteste Unterstützung bei jenen Medien- und Kulturschaffenden erfährt, die sich einbilden, auf der richtigen, der allein guten Seite zu stehen. Diese Erklärung, ein weiteres Dokument, für das sich einige der Unterzeichner vielleicht einmal schämen werden, zeigt den viel bestrittenen Gesinnungskorridor ebenso erschütternd wie deutlich. Man wolle diskutieren, Meinungen, die nicht passen, aber kein Forum bieten. Wer zieht die Grenze? Wie will man diskutieren, ohne ein Forum zu bieten? Wer legt fest, welche Position noch diskutabel ist – und welche bereits unter »kein Forum bieten« fällt? Ist die freie Debatte nicht eine Grundlage der Demokratie, in deren Namen sie von den Unterzeichnern dieser Erklärung behindert, wenn nicht unterbunden werden soll? Kommt man nicht erst in freier Debatte zur Selbstvergewisserung und zu Positionen, die tragen?

Diese Erklärung, nach Aussagen einiger Interviewter bewußt am 9. November veröffentlicht, ist für mich ein Tiefpunkt der Debatten- und Toleranzkultur und zeugt von nichts anderem als dem moralischen und intellektuellen Bankrott der Initiatoren. Was bleibt, ist Hysterie – ein »Wehret den Anfängen«, dem das »Wehret dem Ende« längst abhanden gekommen ist. Wie soll ich es verstehen, wenn in meiner Heimatstadt Dresden (aber die Erklärung gilt auch für Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Berlin) nahezu die gesamte öffentliche und öffentlich geförderte Kulturszene sich gegen »rechts« (oder was man dafür hält), nicht aber gleichzeitig gegen »links« stellt, man zwar erklärtermaßen dem Extrem auf der einen Seite, nicht aber auch dem auf der anderen eine Absage erteilt? Für wen meinen Staatsoper, Schauspielhaus, Philharmonie, Hochschulen, Museen zu sprechen, sind alle ihre Mitglieder und Mitarbeiter dazu befragt worden? Und von wem? Sieht so wirkliche Liberalität aus?

Eine solche institutionell getragene Intoleranzmaßnahme und -erklärung, ihr Auftritt allerdings mit Rettungs-Goldfolie und im Ton der lautersten Moral und Selbstgerechtigkeit, hat es seit der Biermann-Affäre nicht mehr gegeben. Das sind die Zustände, das ist das Land. ■

Wir wehren die Versuche der Rechtspopulisten ab, Kulturveranstaltungen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

aus: »Dresdner Erklärung der Vielen«

Wir solidarisieren uns mit Menschen, die durch eine rechtspopulistische Politik an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden.

aus: »Dresdner Erklärung der Vielen«